

Berlin, Mainz, Kiel, Oldenburg, Gotha

Bundesweite Warnstreiks



Demonstration in Kiel am 20. Februar 2019

Am 28. Februar 2019 gehen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder mit der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in die entscheidende Runde. Um der Arbeitgeberseite deutlich zu machen, was sie von der bisherigen Verweigerungshaltung in den Verhandlungen halten, haben Landesbeschäftigte in den vergangenen Tagen bundesweit die Arbeit niedergelegt und sich zu Protestaktionen versammelt.

Berlin

Lautstark und mit klaren Forderungen haben etwa 600 Beschäftigte der Berliner Polizei am 15. Februar 2019 in Berlin demonstriert. Solidarisch wurden sie von zahlreichen weiteren Beschäftigten des Landes Berlin, unter anderem aus den Bereichen Gefangenenwesen, Fahrdienst oder den Ordnungs- und Bezirksamtern, unterstützt. Der Ort war nicht zufällig gewählt,



15. Februar 2019, Berlin





19. Februar 2019, Mainz



liegt er doch genau zwischen Finanz- und Innensenat, zwischen Senator Kollatz, dem Verhandlungsführer der TdL, und Senator Geisel. Denen schrieb dbb Vize Friedhelm Schäfer auf der Kundgebung ins Stammbuch: „Gerade in Berlin wird deutlich, wie kurzatmige Sparpolitik den öffentlichen Dienst ruinieren kann, und hier wird auch deutlich, wie schwer es dann ist, den öffentlichen Dienst wieder in Topform zu bekommen. Hier hat nicht nur der Finanzsenator als Tarifsенator eine Verantwortung, auch Senator Geisel muss sich bekennen. Er muss dem Sparsenator Kollatz klarmachen, dass Berlin, wie alle Länder, einen konkurrenzfähigen Tarifvertrag braucht. Das ist der TV-L bald nicht mehr, wenn die TdL sich nicht endlich bewegt.“

Boris Biedermann, stellvertretender DPoIG-Chef in Berlin und Organisator der Demo, sagte Schäfer die volle Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen zu, „damit Ihr übernächste Woche in Potsdam mit Macht verhandeln könnt“. DPoIG-Chef Rainer Wendt brachte es in seinem Beitrag auf den Punkt: „Die Währung für die Anerkennung unserer Leistung lautet Euro und ist nicht schon mit dem Sonntagsgerede der Politik abgegolten.“

Mainz

Rund 2.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben am 19. Februar 2019 in Mainz ihren Anspruch auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich gemacht. Begleitet wurde die Demonstration von einem ganztägigen Warnstreik des Landesdienstes in Rheinland-Pfalz. „Die Kassen sind voll – und das seit Jahren“, betonte Volker Geyer vor den Demonstrierenden in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt, „jetzt darf nicht am falschen Ende gespart werden.“ Jeder Cent, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zugutekommt, sei eine Investition in die Zukunft, sagte der stellvertretende Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb. Der Blockadehaltung der TdL erteilte Geyer daher eine klare Absage. „Die Vergangenheit hat gezeigt, zu welchen Problemen überambitioniertes Sparen im öffentlichen Dienst führt: Kitakrise, Clan-Kriminalität und das Chaos in der Infrastruktur kommen ja nicht von ungefähr.“

Lilli Lenz, die Vorsitzende des dbb Landesbundes Rheinland-Pfalz, stellte auf der Kundgebung klar, dass das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen übertragen werden müsse. „Im Besoldungsvergleich der Bundesländer trägt Rheinland-Pfalz mittlerweile die rote Schlusslaterne. Die Lebenshaltungskosten steigen für alle gleich“, sagte Lenz. „Es müssen deshalb auch alle Beschäftigten in gleicher Weise vom Tarifabschluss profitieren.“

Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der VDStr. Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten und stellvertretender Vorsitzender der Bundestarifkommission des dbb, erinnerte die Tarifpartner daran, die Einkommenstabellen endlich zukunftsfähig zu gestalten. „Wir geraten zunehmend nicht nur in einen Fachkräftemangel, sondern in einen ausgewachsenen Arbeitskräftemangel hinein“, betonte Siebigtheroth. „Wenn die Löhne jetzt nicht signifikant steigen“, machte er deutlich, „wird der öffentliche Dienst regelrecht abgehängt.“



19. Februar 2019, Mainz





20. Februar 2019, Kiel



Kiel

Begleitet von einem landesweiten ganztägigen Warnstreik haben Landesbeschäftigte in Schleswig-Holstein ihrem Unmut über die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes der Länder Luft gemacht. In Kiel forderten die Teilnehmer der zentralen Kundgebung die Landesregierung zum Handeln auf. Rund 1.000 Frauen und Männer zogen am 20. Februar 2019 vor das Finanzministerium und den Landtag in Kiel. dbb Vize und Tarifvorstand Volker Geyer forderte die Arbeitgeber auf, endlich ein verhandelbares Angebot auf den Tisch zu legen. Es sei „blanker Unsinn zu behaupten, unsere Forderungen bereiteten den Länderhaushalten riesige Probleme, es würde Geld für wichtige Investitionen fehlen. Wenn nicht in Lehrkräfte, Polizisten, Erzieherinnen, IT-Fachkräfte oder Ingenieure – in wen oder was will Schleswig-Holstein denn bitte sonst investieren? Wir sind die Lösung und nicht das Problem!“, betonte Geyer.

Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb schleswig-holstein, appellierte an die Landesregierung: „Der dringend benötigte Nachwuchs läuft uns doch weg, wenn die jungen Leute sehen, wie die so genannte Wertschätzung der Arbeitgeber und Dienstherrn aussieht: Um jeden Cent, jede Beförderung wird gefeilscht, eine entwürdigende Befristungspolitik feiert fröhliche Urständ. Wem eine Schwarze Null wichtiger ist als funktionierende Schulen, funktionierende Verwaltungen, funktionierende Infrastruktur und nachhaltige Sicherheit, spielt mit dem Feuer. Deswegen sollten Landtag und Landesregierung dafür sorgen, dass sich die TdL in Sachen Tarifabschluss jetzt endlich bewegt, und im eigenen Land Einkommensgerechtigkeit für die Beamtinnen und Beamten schaffen.“

Oldenburg

Solidarisch mit ihren angestellten Kolleginnen und Kollegen zeigten sich am 20. Februar 2019 in Oldenburg viele Beamtinnen und Beamten aus dem niedersächsischen Landesdienst. Sie nahmen in ihrer Mittagspause an einer Kundgebung auf dem Lamberti Markt teil. Bei der Kundgebung berichtete der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Karl-Heinz Leverkus, dass die Finanzminister der Länder auch nach der zweiten Verhandlungsrunde intern über einen „Billig“-Abschluss sprechen: Sie wollen nur so viel mehr zahlen, dass „zwar jeder meckert“, aber keiner die Notwendigkeit sehe, die Landesverwaltung zu verlassen. „Solche Aussagen geben genau wieder, wie unsere Arbeitgeber über uns und unsere Arbeit denken“, so Leverkus. „So etwas können, dürfen und werden wir uns nicht gefallen lassen. Deshalb müssen wir uns darauf verlassen können, dass Ihr bereit seid: weiter zu demonstrieren, weiter zu streiken und uns damit weiter den Rücken zu stärken, wenn wir Billigangebote der Arbeitgeber ablehnen.“

Gerade in diesen Tagen werde deutlich, welche Wertschätzung die Beschäftigten in Niedersachsen erfahren, knüpfte der Vorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbunds Martin Kalt an die Kritik an: „Die durch den Finanzminister bereits zugesagte Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten wurde letzte Woche von Ministerpräsidenten Stephan Weil wieder in Frage gestellt. Ich vermisse hier eine klare Positionierung der Landesregierung. Es muss sich endlich wieder lohnen, für das Land tätig zu sein.“



20. Februar 2019, Oldenburg





22. Februar 2019, Gotha

Gotha

Rund 100 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes versammelten sich am 22. Februar 2019 in Gotha zu einer aktiven Mittagspause, um die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Helmut Liebermann, Landesvorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, forderte die Arbeitgeber der TdL auf, konstruktiv zu verhandeln und den Entgeltrückstand der Landesbeschäftigten zu Bund und Kommunen auszugleichen.

Immer tagesaktuell informiert auf www.dbb.de/einkommensrunde.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name*

Vorname*

Straße*

PLZ/Ort*

Dienststelle/Betrieb*

Beruf

Beschäftigt als*:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.40.81-40, Telefax: 030.40.81-49.99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift _____

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de